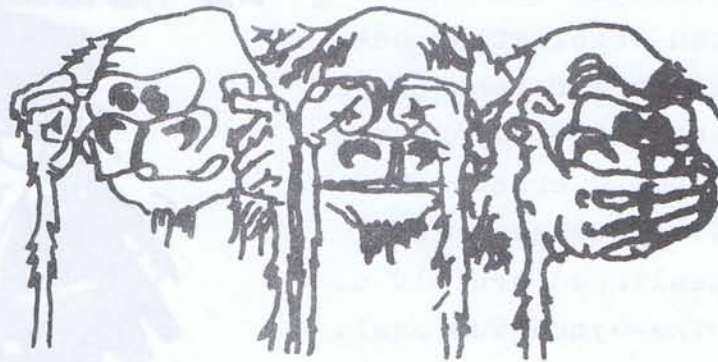


28.10.75

INITIATIVE gegen BERUFSVERBOTE in Hohenheim

WIE SICH SCHIESS DEN IDEALEN
STAATSDIENER VORSTELLT:



Inhalt:

- Seite 1 Berufsverbot für Winfried Kretschmann?
- Seite 3 Initiative gegen Berufsverbote stellt sich vor
- Seite 6 Widerspruch im Grundgesetz
- Seite 7 Kritik zum Aufruf: "Der Schiess-Erlass muß weg"
- Seite 9 Zur Spaltung des Ak gegen Berufsverbote
Gründe - und Hintergründe

Berufsverbot für Winfried Kretschmann?

ehemaliger

Asta-Vorsitzender

Vorsitzender d. Studentenkongress (SK)

Mitglied d. Studentenparlament

Vertreter d. Fachschaft-Biologie

an d. Uni - Hohenheim

Winfried Kretschmann hat im Juli dieses Jahres an der Uni Hohenheim in den Fächern Biologie und Chemie das 1. Staatsexamen abgelegt. Er bewarb sich zum Referendardienst (zweiter Ausbildungsabschnitt d. Lehramtskand.), worauf er vom Oberschulamt Stuttgart (OSA) die Zuweisung zum Studienseminar Esslingen erhielt u. von dort dem Görke-Gymnasium Essl. zugewiesen wurde.

Am Tag vor der Vereidigung wurde W.K. in einem Schreiben vom OSA mitgeteilt, das er nicht zum Referendardienst zugelassen werden könne, da "Bedenken über seine Verfassungstreue" bestünden.

Empört über das drohende Ausbildungsverbot W.K.'s solidarisierten sich fast alle Anwärter für den Referendardienst des Studienseminars Essl. mit Winfried Kretschmann. Es wurde erreicht, dass Winfried inoffiziell an den Lehrveranstaltungen des Seminars teilnehmen konnte. - Im Lehrerseminar Karlsruhe z.B. erhalten Personen, die vom Verfassungs-

"ES HEISST ZWAR, JEDER HAT DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG - ABER ES HEISST NICHT: JEDE MEINUNG DARF FREI GEÄUSSERT WERDEN!"



schutz registriert sind, bis zum Abschluss der Überprüfung Hausverbot für das Seminar und an den Schulen.

In dem Schreiben vom OSA werden W. Kretschmann zwei Kandidaturen zum Studentenkongress (SK) der Uni-Hohenheim als verfassungsmäßig bedenklich vorgehalten:

- 1) Er habe 1972 bei den Wahlen zum SK auf der Plattform der ÖG/ML-Sympathisanten-Gruppe kandidiert.
- 2) 1973 habe er auf der Plattform des "Sozialist. Zentrums" SZ und der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) kandidiert.

Ein Anhörungsverfahren beim OSA sollte diese "Gerichtsverwertbaren Ereignisse" bekräftigen und ihn als "Verfassungsfeind" abstempeln.

Bei der Anhörung selbst wurde nicht auf den Inhalt der Plattformen eingegangen, die darauf abzielten die sozialen Mißstände an der Universität zu beseitigen und das politische Mandat in allen Bereichen wahrzunehmen. Große Teile der Studenten unterstützten diese Ziele und Vorstellungen. Nur so ist es zu erklären, daß die Studenten ihn bei all seinen Kandidaturen wählten, sei es zum Asta-Vorsitzenden, in den Studentenkonvent oder als Vertreter der Fachschaft Biologie.

In der Anhörung ging es der Behörde allerdings nur darum, das Bild, das sie sich von der "bedenklichen" Person macht abzurunden und neue "Erkenntnisse" zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde ihm unter anderem der "Rote Pfeil" (Zeitschrift der KSG) vorgelegt, wo er zu Sätzen wie "Sturz der Monopolbourgeoisie" und "Diktatur des Proletariats" Stellung nehmen sollte. Näheres erfahrt ihr in einem Referat, das W.K. am 5. Nov. um 19.00 Uhr im HS IV hält.

Der Staat verfolgt die "Verfassungsfeinde" unter dem Vorwand, die individuelle Freiheit zu schützen, die nur in der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGo) gewährleistet sei.

Wenn aber der Staat die Freiheit der Kritik an den Verhältnissen u. ihre praktische Umsetzung verneint, so kann die Freiheit, die der Staat und die Kommunistenjäger meinen, nur darin bestehen, daß man sich den gesellschaftlichen Verhältnissen unterwirft und auch noch das Denken bleiben läßt.

Da wir täglich mit den Mißständen konfrontiert werden, kann es nicht unser Interesse sein, die Zustände als Fügung des Schicksals zu betrachten und sie versteinern zu lassen.

Wir müssen uns die Möglichkeit erhalten, die Mißstände kritisch zu untersuchen, um auf ihre Beseitigung hinarbeiten zu können. Darum geht es!

SOLIDARISIERT EUCH DESWEGEN MIT
WINFRIED KRETSCHMANN !

Jetzt Beantw. auf Widerruf

Winfried wurde nach zwei Monaten Wartezeit zum Referendardienst zugelassen.

Begründung: Der Staat hat im Bereich der Lehrerausbildung das Monopol.

Die politischen Bedenken des Oberschulamtes gegen Winfried bestehen also weiterhin. Deswegen ist er auch weiterhin vom Berufsverbot bedroht und braucht unsere Solidarität. Kommt also zur Veranstaltung!

Spaltung des „Aktionskreis gegen Berufsverbote“

INITIATIVE gegen BERUFSVERBOTE stellt sich vor

Der Hohenheimer Aktionskreis (AK) gegen Berufsverbote ist seit Anfang Oktober gespalten.

Die Spaltung war nach Meinung des MSB und der MSB - nahestehenden Kommilitonen, Mitarbeiter im AK, "zwar bedauerlich, aber offensichtlich notwendig".

Grund für die Auseinandersetzung war das Vorliegen zweier Plattformen, die eine Analyse der Berufsverbote und das weitere Vorgehen des AK darstellten.

Die Plattform der obengenannten Mitarbeiter kennzeichneten das Berufsverbot eindeutig als Verfassungsbruch und eine Aushöhlung der in der Verfassung aufgeführten Grundrechte.

Unsere Plattform ging über diese Darstellung hinaus, indem sie den Widerspruch im Grundgesetz und die Beschneidung der Grundrechte innerhalb der Verfassung aufzeigten und somit die Verfassungswidrigkeit der Berufsverbote in Frage stellte.

Wir aber gehen von den bestehenden politischen Verhältnissen aus, die derzeit das Bundesverfassungsgericht veranlassen, die Berufsverbote für verfassungskonform zu erklären.

Wir sind der Meinung, daß die Gegner der Berufsverbote niemals das Grundgesetz, mit dem gerade die Berufsverbote gerechtfertigt werden (Schutz der FDGO vor Verfassungsfeinden), als Handhabe gegen die Berufsverbote verwenden können.

Wir treten gegen die Berufsverbote auf und treten damit für die Meinungsfreiheit der öffentlich Beschäftigten ein, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst nach Erklärung und Veränderung verlangen.

Diese Einstellung zum Grundgesetz haben wir uns in den letzten Monaten erarbeitet. Wir aber machen sie nicht zur Voraussetzung für die Beteiligung zum Kampf gegen die Berufsverbote.

Die Spaltung des AK war von dem MSB und den MSB - nahestehenden Kommilitonen vor der Diskussion über die Plattformen geplant, wenn sich ein Teil der Mitarbeiter des AK gegen deren Plattform stellen!